

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Geschieht wöchentlich am Samstag.  
Jahrespreis vierteljährlich 5 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Ufermann  
Schriftleitung und Verladesstelle: Stuttgart, Rödelstraße 18 b II  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postscheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr  
für die sechsgesparten Kolonie 5 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

### 15. ordentliche Generalversammlung

Bei der Einberufung der 15. ordentlichen Generalversammlung in Nr. 17 der Metallarbeiter-Zeitung ist irrtümlich als Endtermin für die Einsendung der Anträge an den Vorstand der 23. Mai 1921 angegeben worden. Als Schlüstermin für die Einsendung der Anträge kommt nicht der 23. Mai, sondern der

**13. Juni 1921**

in Frage.

Der Vorstand.

### Zum Reparationsproblem

Von Prof. E. Ledderer, Heidelberg

Nach der Annahme des Ultimatums kann über die Reparationsfrage unbestimmter gesprochen werden. Deshalb seien einige Gesichtspunkte hervorgehoben, welche jetzt zu betonen wären. Dabei sei die Frage, ob durch eine zweckmäßige Politik ein günstigeres Resultat hätte erzielt werden können, nicht weiter verfolgt. Wir liegen uns in einer Situation hineinmanövriert, in welcher dann keine Wahl mehr blieb. Die Annahme des Ultimatums erfolgte aber unter Umständen, welche das ganze Volk zur bestimmtesten Erfüllung verpflichten: denn in allen Parteien gab es offene und verdeckte Stimmen für Annahme. Und der Umstand, daß die "Deutsche Volkspartei" sich jetzt wieder an der Regierung beteiligen möchte — ein groteskes Verlangen, das zeigt, wie wenig das Gefühl für politische Ausgaben vorhanden ist, und daß die Aussicht noch immer vorherrscht, der Minister sei ein Beamter, der sich auch "fügen" und "im Rahmen des Auftrages" wirken könnte, anstatt zu führen — dieses im Grunde unpolitische Verlangen zeigt doch deutlich, daß auch diese Partei die Situation anerkennt und an ihrer Lösung beteiligt sein möchte.

Über diese Möglichkeiten der Lösung sei heute einiges gesagt: für die ersten fünf Jahre ist mit einer jährlichen Reparationssumme von circa drei Milliarden Mark in Gold zu rechnen. Das ist ungefähr die Hälfte des Nettobedarfs des Deutschen Reiches, der Bundesstaaten und der höheren Kommunen vor dem Kriege, also der Bedarf dieser öffentlichen Körper, sowohl er durch Steuern und nicht durch Verkehrsunternehmen usw.) aufgebracht wurde.

Auf diese Blossen beziehen sich offenbar die Alliierten und weisen überdies darauf hin, daß die großen Ausgaben für Rüstungen gegenwärtig wegfallen. Nun stimmt das ja nicht, weil die Wehrmacht mehr Auswendungen erfordert, als das alte Heer, da die uns aufgezwungenen Bestimmungen über die langjährige Dienstzeit pro Mann ein Vielfaches der alten Armee erfordern (auch in Goldwert umgerechnet) und in einem demokratischen Staat überhaupt die Besoldung und Bezahlung der Truppen viel kostspieliger ist. Immerhin, daß Deutschland vor dem Kriege bereits das Doppelte dessen an Steuern und Abgaben ausbrachte, was für die ersten fünf Jahre als Reparation gefordert wird, ist ein wesentliches Datum. Waren wir noch so reich, wie vor dem Kriege, so würden die ersten Jahre eine wesentliche Schwierigkeit nicht bereit haben; hat doch auch die französische Republik, bei viel geringeren Finanzkräften, als sie Deutschland vor dem Krieg besaß, vier Milliarden Mark in wenigen Jahren bezahlt. Die Abtragung der Kriegsschäden hätte sich dann so vollzogen, daß Deutschland seine freunden Kapitalien mehr erwerben können.

Heute sind unsere Produktivkräfte geschwächt. Der Deutsche konsumiert im Durchschnitt weniger als vor dem Kriege und hat noch lange nicht das Ernährungsdefizit ausgeglichen. Er ist schlechter gelebt und wohnt schlechter, als vor dem Kriege. Sein Haushalt bedarf der Erneuerung. Auf all das hat die deutsche Regierung in ihren Denkschriften hingerichtet. Und diese Sachen sind leider nur zu richtig: der Krieg hat gerade die örtlichen Vermögensstücker der großen Massen stark im Wert herabgemindert und zum Teil aufgezehrt. Die Erhaltung und weitere Entfaltung der Arbeitskräfte hängt davon ab, ob diese notwendigen Lebensunterlagen allmählich dahinschwinden oder noch erhalten oder wiederhergestellt werden sollen?

Nun geht, als ununterbrochener wiederholter Gemeinplatz, durch alle Blätter die Wendung, daß die Reparationschuld nur durch Ausfuhr von Waren, also mit unserer Hände Arbeit, bezahlt werden kann. Auch die Arbeiterpresse bedient sich häufig dieser Wendungen und wiederholt damit nur eine Forderung, welche in den nächsten Monaten nur zu häufig von den Unternehmern erhoben werden wird: Wenn wir exportieren wollen, müssen wir bei der Krise auf dem Weltmarkt billiger verkaufen und wir können nur billiger verkaufen, wenn wir die Löhne senken; als Einschränkung des Verbrauchs, um zu exportieren, um unsere Reparationschuld zu bezahlen.

Ist das der einzige Weg? Selbst der Minister Dr. Simons hat angekündigt, daß es noch einen anderen gäbe. Er sagte, daß er beim letzten Angebot bis zum Außersten gegangen sei, wohl wissend, daß auch die Substanz des deutschen Vermögens angeschriften werden müßte, um die Forderungen zu erfüllen. Nun haben wir uns ungefähr zu ähnlichen Leistungen verpflichtet, als sie Dr. Simons antwortete. Deshalb wird uns auch der Eingriff in die Entwicklung nicht erspart bleiben, das heißt, die Reparation nach, soweit Exportüberschüsse nicht erzielt werden können, durch Einsparung von Vermögen bezahlt werden. Soll die deutsche Wirtschaft

nicht verelenden und damit der lebendige Duell aller Reichtümer verlieren, so bleibt nur dieser Weg. Die Besitzer von Kapital müßten es selbst vorschlagen: denn was ist ihr Kapital, wenn die deutschen Arbeiter nicht mehr leistungsfähig sind? Ein toter Haufen von Maschinen und Gebäuden, in die Ruinen zerfallen.

In den nächsten Monaten wird es immer wieder gefragt werden müssen, daß eine Konjunkturkrautung der breiten Massen nicht möglich ist. Gute Lehren, man müsse sich einschränken, verschaffen — angesichts der harten Tatsachen: sehen wir doch zum Beispiel, daß man in dem wichtigen Lebensbedürfnis der Wohnung in den letzten Jahren verschaut hat, mit den vorhandenen Beständen das Auslangen zu finden, zu sparen und sich einzuschränken. Die Resultate liegen auf der Hand: Verschlechterung der hygienischen Verhältnisse und Notwendigkeit, nun doch zu bauen. Der Konsum läßt sich eben nicht mechanisch einschränken. Geschicht es doch, so ist der Rückslag auf die Produktion unausbleiblich.

Die Reparation wird also zu einem erheblichen Teil aus unserm Vermögen bezahlt werden müssen. Das ist schlimm, weil dadurch deutsche Unternehmen, deutsche Aktien und Bergwerke, deutscher Grund und Boden in die Hände von Ausländern gelangen werden. Aber hat sich dieser Prozeß nicht schon lange vollzogen: Wurde er nicht von vielen, um der Sozialisierung zuvorzukommen, eingeleitet oder wenigstens angestrebt? Wanderten nicht Milliarden von Kapitalien ins Ausland und sind für uns verloren? Könnten wir nun alle diese Kapitalien erfassen, wie leicht wäre dann mit dem Reparationschuld der ersten Jahre zu tilgen! Abgaben vom Vermögen werden also der einzige Weg sein, um ohne Schädigung unserer wertvollsten Substanz, der Arbeitskraft, über die ersten und schwersten Jahren hinwegzukommen. Könnten wir dabei deutsches Kapital im Ausland erlösen, können wir die Mithilfe des Auslands hierbei erwirken, so wird es um so leichter fallen. Die Parteien, welche für die Annahme des Ultimatums gestimmt haben, müssen auch die Mittel wollen, welche auch die Leistungsfähigkeit dorthin. Sie müssen sich nunmehr zur Aufstellung eines Finanzplanes zusammenfinden, der in großen Linien festlegt, in welcher Weise die Reparationschuld beglichen werden soll. Sie werden dabei rasch zugreifen müssen, weil Schnelligkeit die Garantie des Erfolges ist. Sie werden nicht zuviel über "Gerechtigkeitsprinzipien" nachdenken dürfen und werden den Weg wählen, der am raschesten zum Ziele führt, etwa eine "objektive" Vermögensabgabe. Nichts hat Deutschland so sehr im Ausland geschadet, nichts so sehr die Meinung aufkommen lassen, es wolle nicht bezahlen, als die Langheit in der Ordnung der eigenen Finanzen. Das muß alles mit einem Schlag nachgeholt werden. Es muß sich zeigen, ob es soviel schwerer ist, das Kapital im Dienste des Vaterlandes zu mobilisieren, als die Menschen. Freilich, für die deutsche Arbeiter ist es nicht ganz gleichgültig, ob Deutsche oder Franzosen oder Holländer die Eigentümer der Fabriken sind, aber es ist ein kleineres Übel, als eine gewaltsame Einschränkung der Lebenshaltung. So wird die Frage: wie soll die Reparation bezahlt werden, in den nächsten Monaten die innere Lage befrechten. Wir geben schweren Lagen, vielleicht inneren Konflikten entgegen, und die Regierung muß sich bald darüber schlüssig werden, welcher Weg sie gehen will: ob sie gegen die ganze Arbeiterschaft durch Verlängerung der Arbeitszeit und Bohrdruck die Zahlung an die Entente herausholen oder das Kapital heranziehen will. Man sollte meinen, es gibt keinen Zweifel darüber, wie die Entscheidung fallen muß.

### Der Gildensozialismus

Von Dr. Otto Neurath, Wien.

(Fortsetzung)

Es wäre denkbar, daß ein aufgeklärter Zar den Sozialismus so einführt, wie einer die Leibeigenschaft aufhob. Demokratie wäre das freilich nicht, am allerwenigsten würde aber auf diese Weise eine Ordnung geschaffen, die in dem Gemeinschaftsgefühl breiter Massen wurzelt; Demokratie in diesem Sinne, die in Anarchismus, in staatsfreies Gemeinschaftsleben übergehen kann, setzt unbedingt voraus, daß so gut wie ausschließlich Anarchisten vorhanden sind. Die sozialistische Wirtschaftsordnung auf autoritären Basis erfordert eine geringe Umgestaltung der Menschenwelt als eine sozialistische Wirtschaftsordnung auf nicht-autoritären Basis. Wie werden sehen, wie Cole für den Übergang zu wenig zentralistische und autoritäre Elemente in Rechnung stellt, dennoch ist sein Standpunkt auch geschichtlich nicht ohne Bedeutung.

Wenn die sozialistisch günstigste Lösung der Übergangszeit auch nur in einer autoritären, zentralistischen Form gefunden werden kann, so müssen wir doch anderweitig damit rechnen, daß in einer übernächsten Zukunft sich die Menschen gegen diese straffe Organisation auslehnen werden, daß die Befreiung des Einzelnen aus der Umklammerung der Gesellschaft mit unerhörter Kraft eintreten wird, aus einer Umklammerung, die Freiheit war, weil sie die Knechtshaft des Kapitalismus beendigte. Die übernächste Zukunft, mit ihrer Zersetzung der Großorganisationen und Großbetriebe, mit ihrer Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft, mit ihrem Ausgleich von Stadt und Land, wie dies

das kommunistische Manifest verkündigt, klingt überall ans Cole herort. Es kann für die Gestaltung des autoritären Zentralismus in einer längen sozialistischen Übergangszeit von großer Bedeutung sein, ob grundsätzliche Zentralisten die Führung erhalten oder Männer, die Kapitalismus näher stehen;

man gestaltet den autoritären, zentralistischen Sozialismus anders, wenn man ihn als Ideal, anders, wenn man ihn als Weg ansieht! Für jeden, der ein gewisses Grauen nicht los wird, wenn er an den Zentralismus denkt, der wirkt Befreiung werden muß, ist es erlösend, wenn er fühlt, daß Bemühungen, wie die der Gildensozialisten an Einfluß gewinnen.

Cole und die Seinen sehen in großen umfassenden Vereinigungen der Werkstätigen die treibenden Kräfte der neuen Wirtschaft. Dem Betriebssozialismus, wie ihn zunächst die russische Revolution brachte, stehen sie von vornherein ablehnend gegenüber. Kader und andere Kommunisten vertreten freilich den Standpunkt, man hätte zu Beginn der Revolution den Arbeitern der einzelnen Fabriken alle Macht zu geben, um ihre ganze Kraft gegen die verhafteten Unternehmer zu entfesseln, da sie nicht ausreiche, eine immerhin komplizierte Wirtschaftsordnung zu schaffen, deren Wesen den Einzelnen unbekannt ist. Es wußten ja in Russland die meisten Führer nicht recht, wie man die erungenen Macht im Dienste einer sozialistischen Wirtschaftsordnung einzuwenden habe. Das Übermaß an Desorganisation, das die verschiedenen handelnden Betriebsräte hervorriefen, durfte mit an den Schwerpunkten schuld sein, welche die Russen zu überwinden haben. Cole rechnet von vornherein nicht mit den Betriebsräten, sondern mit höheren Organisationen, mit den Gilde. Die Bauarbeiter, die Ziegelarbeiter, die Ingenieure, die Architekten, die Buchhalter der Baubetriebe, alle zusammengekommen haben nach Cole die Gaupilde zu bilden, in ähnlicher Weise kann eine Bergarbeiterpilde, eine Verkehrsarbeiterpilde usw. gebildet werden. Wenn auch die Gilde sozialisten den Betriebssozialismus ablehnen, so bleiben sie doch nicht ganz dem Betriebssozialismus fern und darin besteht eine gewisse Gefahr dieser Bewegung, auf die wir noch mehrmals stoßen werden. Die Gilde sind in mehr als einer Richtung umfassender als die Gewerkschaften; sie kümmern sich einmal nicht um die Berufstätigkeit, sondern um die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Industriezweig; sie kennen weiterhin nicht die Trennung in Arbeiterorganisationen und Angestelltenorganisationen. Das heißt, ähnlich wie in Deutschland ist man jetzt auch in England davon aus, die Arbeiterorganisationen auf den Betriebszugehörigkeit, nicht auf der Berufszugehörigkeit aufzubauen. Der Gymnastikmann des Bergarbeiterpilde ist in der Bergarbeiterpilde zu organisieren, nicht im Holzarbeiterverband, der Sattler der Eisenfabrik ist in der Metallarbeiterpilde zu organisieren, nicht im Verband der Sattler. Die Angestellten der Metallwarenfabriken sind mit den Arbeitern der Metallwarenfabriken zu verbinden, nicht mit den Angestellten der Autoindustrie, den Angestellten der Theater und den Angestellten der Holzindustrie. Die Gilde umfaßt einen ganzen Wirtschaftszweig, wird daher im allgemeinen an die Gewerkschaften anknüpfen, da noch mehr Gewerkschaften als diese aufzugeben müssen. Da uns systematische Betrachtungen 10 bis 15 Wirtschaftszweige zeigen, kann man wohl mit 10 bis 15 Gilde rechnen (vergleiche Otto Neurath: Betriebsräte, Fachräte, Kontrollrat und die Bereitstellung der Vollsozialisierung, Buchverlag Röderburg). Cole betont ausdrücklich, daß der Gedanke der Wirtschaftskontrolle durch die Werkstätigen auf der ganzen Welt zum Durchbruch kommen könnte, ohne daß man sich dabei überall denselben Strömungen und Organisationen bedienen müsse. Es wird bald an der Zeit sein, eine systematische Uebersicht über die verschiedenen möglichen Sozialismen zu geben. Nur eine kritische Auseinandersetzung kann glauben, daß der englische und der chinesische Sozialismus im großen und ganzen gleicher Art sein wird. Cole betont ausdrücklich, daß er selbst nicht der Meinung sei, der Sozialismus werde gerade auf die Weise auch nur in England kommen, wie er es behauptet, es müsse aber doch im Interesse kräftiger Tat eine lebendige Auseinandersetzung von dem angestrebten werden, was man verwirklichen wolle, um im Gewühl des Kampfes Richtlinien zu haben. Für Cole ist die Utopie ein Rücksicht in der Art der Zeit und in diesem Sinne sollten wir seinen Utopismus und den anderer wirtschaftsreicher Sozialisten verstehen und beurteilen. Die Utopienfurcht mancher Genossen geht nicht nur darauf zurück, daß sie leichtfertige Träumereien seien, sondern auch auf eine Phantasiefoligkeit, die in der Kleinbürgertüpfel ihrer Tagesspolitik oft genug auch den weniger Konservativen auffällt. Marx und Engels haben eine wichtige Aufgabe vollbracht, als sie den weltferten, zersplitterten Utopisten ihrer Lage entgegneten und die eine geschichtliche Wirklichkeit in den Vordergrund rückten, welche den Sozialismus heraufführen werde. Um die Einheit des Fleisches, um die Stoßkraft braucht uns heute nicht mehr bangen zu sein, wir müssen gestalten und dazu bedürfen wir umfassender Bilder gewaltiger Ausblicke, welche der Wirklichkeit voll gerecht werden.

Cole will vor allem, daß man seine Grundsätze erkenne, weniger die zufälligen Organisationsformen, die er und die anderen Gildensozialisten entwerfen. Techniken ähnlich, welche etwa das Prinzip der elektrischen Kraftübertragung als gemeinsames Gut besitzen und nun allerlei Maschinen und Einrichtungen erdenken, welchen dieses Prinzip zugrunde liegt. Cole will durch die Gilde ganze Industriezweige erfassen mit allen Hilfs- und Nebenindustrien. Der Gildensozialismus muß konsequentweise die Industriezweige vertikal vereinigen, vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat, weil nur bei einer solchen Zusammensetzung die Gilde wirklich über ein bestimmtes Produkt zu verfügen vermag. Nach Cole hat sich eben die Gilde in der Hauptsache nicht mit der Vertretung des wirtschaftlichen Interesses ihrer Mitglieder zu befassen, sondern mit dem Betrieb der Industrie. Cole verzerrt die Auseinandersetzung, daß der Kampf der Arbeiterschaft gegen die Unternehmer in sehr vielen Fällen die Produktion und den Verbrauch der breiten Masse schädigen müsse, dieser Kampf sei aber unvermeidlich, solange nicht die Gilde die Herren der Industriezweige sind. Die Gildensozialisten sind sich freilich darüber nicht einig, wie weit die Kontrolle der Industrie durch einen revolutionären Akt auf einmal erreicht werden sollte, wie weit durch allmähliche Umgestaltung. Aber die Kontrolle ganzer Industriezweige durch Gilde ist selbst, wenn das Unternehmerkonsortium vorzeitig geschont wird, dem ganzen Geist nach etwas anderes als die "Arbeitsgemeinschaften" von Unternehmern und Arbeitern, die ohne allgemeines Prinzip darauf hinauslaufen, daß sich die Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Ordnung

Einfluss sichern, einen Einfluss, der vielsach dazu führt, kapitalistische Denkschule unter der Arbeiterschaft zu verbreiten. Derartige partizipative Organisationen sind sozialistischen Denken auch deshalb durchaus zuwider, weil sie eine Stabilisierung des Machtverhältnisses der Unternehmer und Arbeiter herbeiführen. Eine schwache Gewerbeorganisation, welche den sozialistischen Kontrolle ausstrotzt, ist mit mehr sozialistischer Stoffkraft ausgestattet als eine Arbeitergemeinschaft. Es gibt freilich auch Vertreter der Gewerbebewegung, die solch schadlichen Gehaben zugänglich sind, aber der Geist der ganzen Lehre führt zu sozialistischer Tat.

(Schluß folgt.)

## Die Erhöhung der Arbeiterwochenarbeiten der Eisenbahn

berankte den Vorstand unseres Verbandes, energisch Schritte gegen diese hohe Belastung großer Arbeiterschichten zu unternehmen. Wir lassen einen Brief folgen, der an die zuständige Stelle diesbezüglich gerichtet wurde:

Ein den Herren Reichswirtschaftsminister, Reichsverkehrsminister, Reichsarbeitsminister,  
Berlin.

Der Untersuchungsbericht in den letzten Wochen mit dem Herrn Ministerialrat Riedel im Reichsverkehrsministerium zu wiederholten Ratsitzungen geöffnet worden der zum 1. Juni d. J. in Kraft tretenden Erhöhung der Fahrgäste der Reichseisenbahnen, soweit es sich um die Preissteigerung von allgemeinen Wochenarbeiten und Monatsarbeiten handelt. Der Untersuchungsbericht dabei in eingehender Bezeichnung dem Herrn Ministerialrat Riedel dargelegt, daß die beabsichtigte Preissteigerung für Monatsarbeiten, im besonderen aber die Preissteigerung für allgemeine Wochenarbeiten für die davon betroffenen Arbeiter und Angestellten eine unzulässige Belastung darstellt und in ihren Folgen zu den schlimmsten Auswirkungen führen muß; desgleichen, daß angesichts der seit langen Jahren bestehenden und weiterhin andauernden Wirtschaftskrise unbedingt versucht werden muß, den Arbeitnehmern, die gezwungen sind, wöchentlich ein oder mehrere Tage zu frieren, durch Durchsetzung besonderer Maßnahmen entgegenzuwirken, die diezeitigen Lage berücksichtigen, die die Arbeitgeber gegenübersetzen sind, vom Arbeitsplatz fernzubleiben. Nachdem ich bei der letzten Verhandlung darum auftreten kann gemacht wurde, daß im Bedarfe dieser Woche eine entscheidende Erhöhung der verschiedenen Arten Reichtumsmittler in dieser Angelegenheit stattfindet, fühle ich mich gezwungen, Ihre Aufmerksamkeit im besonderen auf nachfolgende Punkt zu lenken:

Die zum 1. Juni d. J. beabsichtigte Preissteigerung der allgemeinen Wochenarbeiten läßt die bei der Preissteigerung der letzten Jahre wiederauf als zu einem bestimmten Grad beachteten sozialen Gesichtspunkts nicht nur völlig ausser Betracht, sondern zeigt bei der legenden Preissteigerung eine Tendenz im entgegengesetzten Sinne. Dies sei u. a. im folgenden Beispiel nachgewiesen:

Die Preissteigerung der höheren 4-Wochenarufe betrug im Februarblatt 2 1/2, bei Arbeitsewochenarten 1 1/2 pro Kilometer, im März 1921 bei dem Kilometerpriis 4. Mois 9 1/2, bei den allgemeinen Wochenarbeiten 4 1/2 (berechnet bei 10 Kilometer), während bei der Erhöhung mit einer höheren Kilometerpriis der Fahrpreis weiter hoch zum Beispiel bei 20 Kilometer Entfernung pro Kilometer 2 1/2, bei 40 Kilometer 2 1/2 bis 3 Kilometer u. s. w.

Nach dem 1. Juni d. J. beabsichtigten Preissteigerung für allgemeine Wochenarbeiten kann die Preissteigerung für allgemeine Wochenarbeiten nach Berechnung des Riedel'schen Preissteigerungsbüros 1/2 bis 1 1/2 pro Kilometer, bei den allgemeinen Wochenarbeiten des Riedel'schen 9 1/2. Diese Preissteigerung bedeutet zumindest, daß entgegen dem in den letzten Jahren berechneten Kilometerpriis für allgemeine Wochenarbeiten die soziale Lage der Arbeitnehmer und Angestellten völlig unzureichend bleibt. Es bedarf ferner, daß entgegen jedem der Preissteigerungen in Preisabrechnungen, in denen der Kilometerpriis für Arbeitsewochenarten mit und der Riedel'schen Preissteigerung für die Wochenarbeiten berechnet wurde, die zum 1. Juni d. J. in diesen genannten Preissteigerung für allgemeine Wochenarbeiten keine Differenz bei normalen Kilometerpriis der 4. Woche erzielt. Es sei jenseits davon hingewiesen, daß die allgemeine Wochenarbeiten nach dem Stand vom März 1921 zum Preis der 4. Woche Preissteigerung 4. Woche berechnet wurde, während diese Stand vom Juni 1921 beabsichtigt ist, die allgemeine Wochenarbeiten mit 1/2 des Monatskostenpreises 4. Woche zu bezahlen. Wie man die Preissteigerung einer allgemeinen Wochenarbeiten mit 1/2 des Monatskostenpreises beginnen will, ist und unerklärlich. Eine Woche zählt 7 Tage und die früheren Berechnung von 1/2 eines Monatspreises war jedoch begründet, nicht aber die Berechnung einer Wochenarbeiten mit 1/2 des Monatskostenpreises. Zu wichtigen Auswirkungen die jetzt in Zukunft genannte Preissteigerung der allgemeinen Wochenarbeiten führt, sei hierzu an der Gegenüberstellung folgender Preise gezeigt:

Preissteigerung der 4. Woche		Preissteigerung der 1/2 des Monatskostenpreises		Preissteigerung der 1/2 des Monatskostenpreises	
Monat	Wochen	Monat	Wochen	Monat	Wochen
im Februarblatt 2 1/2 km 2-3 - Dlt.	9,50-10,-	2,50-4,50	km	2-3 - Dlt.	9,50-10,-
Bei 10 km . . . . .	4,-	9,-	5,-	Bei 10 km . . . . .	4,-
• 15 . . . . .	5,40	13,-	7,80	• 15 . . . . .	5,40
• 20 . . . . .	6,00	18,-	11,40	• 20 . . . . .	6,00
• 25 . . . . .	7,20	22,-	14,40	• 25 . . . . .	7,20
• 30 . . . . .	8,40	26,-	17,60	• 30 . . . . .	8,40
• 40 . . . . .	10,40	36,-	24,00	• 40 . . . . .	10,40

Diese Tabelle zeigt, daß die Arbeitnehmer bei der zum 1. Juni einsetzenden Preissteigerung mit einer ganz erheblichen Belastung gegenüber ihrer bisherigen Existenz zu rechnen haben. Verträgt die Preissteigerung ihrer Monatskostenpreise im allgemeinen Kosten (im Riedel'schen) 1/2 des Monatskostenpreises 3,50 bis 4,50 1/2 pro Woche, so steigt sie dieser Kosten bei beiden Monatskostenpreisen zu Beträgen von 10 1/2 bis 12 1/2 mal mehr pro Woche. So darf als bekannt angesetzt werden, daß in einer Reihe von Wirtschaftsgesellschaften die Arbeitnehmer zu einem großen Teil nicht ihren Lebensunterhalt im Geschäftsbereich haben, sondern ein Geschäft noch sehr zuviel nicht eingeschränkt. Offizielleinheiten mögen der Firma zur Arbeit herbeiziehen und steuern sie Spätabrechnungen ab, ebenso wie in den weitläufigen Offiziellen zurückzuführen. Zugleich zurückzuführen ist, daß die allgemeine Wochenarbeiten nach Riedel durchaus keine Gütearbeit, sondern kostbare, wie ohne Zweck bei einer einzigen Riedelarbeitszeit in einer Weile den Rückhalt gegebenen Arbeitsergebnisse herstellen kann, für viele Zwecke von Wirtschaften zu Verkauf. Die gegenwärtig bestehende Preissteigerung, die in dieser Richtung die Arbeit zu schweren Schwerbelastung bringt, ist weiter in der Form einer Arbeitserhöhung aufzufassen, die schließlich in ihrer geistigen Entwicklung bei jedem Arbeiter mehr Erleichterung für die Arbeitsaufgaben des Hauses bringt, und sie eine Erleichterung für die Arbeitsaufgaben bringen sollte, wie später auch in den letzten Zeilen mit leicht gehäuscht werden.

Wie soll der Arbeitnehmer die gegenwärtige Preissteigerung für die allgemeine Wochenarbeiten verhindern? Die bestelligen allgemeinen Wirtschaftsgesellschaften und möglichst nicht dazu angehören, diese Arbeitnehmer und Angestellten die Hoffnung zu erwecken, daß die ihnen entgegengesetzte Preissteigerung für die allgemeine Wochenarbeiten durch eine entsprechende Riedel- und Geschäftserhöhung vom Arbeitgeber erzielt würde. Die Arbeitnehmer und Angestellten können jedoch eine weitere Erleichterung ihrer Arbeitsbelastung nicht erwarten. Die Zeige dieser erzielbaren und nicht weiter zu erwartenden Preissteigerung der allgemeinen Wochenarbeiten nach Riedel ist die Riedelarbeitszeit zu erhöhen, wenn nicht in anderer Form, dann geistig.

Sicherlich wollen wir nicht befürchten, mit einem Riedelarbeitszeit zu große Belastungen auf die arbeitsbeschaffende Stellung, in der sich die Arbeitnehmer befinden. Sicherlich kann kein guter Geist zu Sicherheit bewahren. Rechnen wir nun als Beispiel, daß ein Arbeiter pro Tag bis drei Tage pro Woche arbeiten wird und daß er nach dem entsprechenden Zeitraum eine allgemeine Wochenarbeitszeit, so wie es die Zeige einer Riedelarbeitszeit bestimmt, erhält, dann kommt die allgemeine Wochen-

arbeit möglich zu bewerkstelligen. Es müßte für solche Fälle, die heute nicht vereinzelt bestehen, sondern die Hunderttausende von Arbeitern in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise treffen, ein Ausweg gefunden werden, und zwar darin, daß für Arbeiter (d. h. solche Arbeiter, die gezwungen sind, wöchentlich eine oder mehrere Schichten zu feiern) eine besondere Fahrgäste zur Ausgabe gelangt, vielleicht in der Form, daß die zur Ausgabe gelangende Karte für eine bestimmte Anzahl von Fahrtentnahmen nach den allgemeinen Normen einer Wochenkarte berechnet und bei jeder Fahrt von der Kontrolle entsprechend gelöst würden.

Sicherlich sei darauf hingewiesen, daß die Verbesserung der Arbeiterschaft nur und von der Arbeit bei einer Kalkulation der auf den einzelnen Fahrgäste pro Kilometer entfallenden Unkosten der Reichseisenbahn nicht ohne weiteres mit der allgemeinen Personensorföderung verglichen werden kann. Die Arbeiter werden in überschüssigen Zügen und zuviel in gebrüngt zusammengepreschten Massen morgens zur Arbeitssättigung befordert, und ähnliche Erfahrungen treten in den meisten Fällen bei der Nachhausbeförderung nach vollendetem Schichtzug auf. Auch dieser Umstand darf bei einer Preisermöglichung für alle gemeinsamen Wochenkarten, die in erster Linie von den Arbeitern benötigt werden, nicht unbedacht bleiben.

Wir geben uns der bestimmten Erwartung hin, daß es den von Ihnen in Aussicht genommenen Verhandlungen gelingen wird, in Kürze eine einigermaßen befriedigende Lösung der Angelegenheit herzulegen.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.  
D. I. H. M. A. N. A.

## Die kommunistischen Leistungen für die Tätigkeit in den Gewerbe

(Schluß.)

Einmal andere können kommunistische Gewerbeleiter angewandt auch nicht tun. Das geschieht auch Brandner zu. Er sagt:

Kommunisten haben sich niemals nach Wünschen zu richten, sondern haben sich immer mit den tatsächlichen abzufinden." Wichtig! Und das tun nicht Kommunisten auch nur. In der Frage der Arbeitsgemeinschaften, die Brandner dann anscheinend, sind wir mit ihm einig. Sie haben selbst nicht diejenigen Gewerbeleiter alle befriedigt, die sich ursprünglich für sie waren ins Zeug gelegt haben. Und die Idee der Arbeitsgemeinschaften wurdet daher gar nicht so fest in den Köpfen der Gewerbeleiter, wie es Brandner und Genossen angesehen scheint. Selbstverständlich gilt es nach wie vor, den Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaften weiterzuführen. Dazu bedarf es aber doch nicht der Berziehung der Gewerbeinternationale, die bekanntlich von den Kommunisten auf Segez von Moskau sehr stiftig betrieben wird. Wenn Brandner sagt, daß die Moskauer Gewerbeinternationale nicht gleichbedeutend sei mit der Kommunistischen Internationale, so ist das doch ein Sond-in-die-Augenstreuen. Ja! Wirklichkeit scheint doch die Moskauer Theorie ausdrücklich nur, daß sich die kommunistischen Gewerbeleiter Mitglieder den Anweisungen der politischen, also der kommunistischen Partei unterzuordnen haben. Im übrigen muß ja auch Brandner das kommende Fazit der Moskauer Gewerbeinternationale zugeben. Denn er liegt ganz zutreffend, daß der Kampf um den Anschluß an die rote Gewerbeinternationale in Moskau nur ein Kampf in der Gestalt, in dem Umgang wird in dem Ausmaß sein kann, in dem es in den angrenzenden Ländern tatsächlich verringt, die heutige Arbeitsgemeinschaftspolitik teilender Gewerbeleiter zu revolutionären Kampfsiegern machen. Das heißt mit anderen Worten, es ist notwendig, in den Gewerbeinternaten der einzelnen Länder die Mitglieder so zu erziehen, daß sie für den Klassenkampf zu gebrauchen sind. Dann werden auch die Arbeitsgemeinschaften verschwinden. Und wenn das in allen Ländern, wo es organisierte Arbeit gibt, oder wenigstens in den Hauptstädten, geschah, kann wird auch die Amsterdamer Internationale eine andere Politik in revolutionärer Sinne einschlagen müssen und die führenden der selben, ob es nun die jüngsten oder neugetriebenen sind, werden sich dieser Notwendigkeit nicht entziehen können.

Well das der notwendige Gang der Entwicklung ist, muß das Vorstreben, die Amsterdamer Internationale zu zerreißen und damit aufzugeben auch die Spaltung der einzelnen Gewerbeinternate herbeiführen, energisch bestimmt werden. Wenn die Zentralvorstände dabei zu schweren Rütteln, n. g. zu dem Ausdruck von Mitgliedern, die praktisch dabei mitwirken, greifen, so kann dagegen nichts eingewendet werden. Diese Maßnahmen haben mit der Vorstiegsberechtigung des Ausgeleisteten gar nichts zu tun. Die Gewerbeinternate kümmern sich gar nicht darum, welcher politischen Partei ihre Mitglieder angehören. Der Nürnberger Gewerbeinternat hat ausdrücklich beschlossen, daß die Gewerbeinternate politisch neutral sein sollen. Das steht nun den Kommunisten auch wieder nicht, wenigstens nicht dort, wo sie sich in der Mehrheit befinden. Wenn sie wollen, doch alle Gewerbeleiter sind sich der kommunistischen Partei anschließen und das sucht man selbst durch den Terror zu erreichen. Dann begegnen sie die vorgebrachten vorleipolitischen Neutralität als Neutraltätsbeweis und suchen es so hinzustellen, als wenn die Gewerbeinternate ihrer Tätigkeit die Politik überdrapi anzuhören wollten. Das ist natürlich Unsinn. Kein Gewerbeleiter führt denn mehr davon, politische Fragen aus dem Kreise der Gewerbeinternaten in den Gewerbeinternaten zu verhindern. Wenn das jetzt von einigen eingeschworenen Gewerbeleitern getan werden will, dann zum Beispiel aus dem Grunde, weil die damals gelebten gesetzlichen Bestimmungen den Gewerbeinternaten die Behandlung politischer Fragen verboten. Das ist jetzt aber nicht der Fall und da ja tatsächlich gewerbeinternatische und politische Fragen kaum auszutrennen sind, ergibt es sich von selbst, daß die Gewerbeleiter jetzt wo ihnen keine Schranken mehr gesetzt sind, auch zu den politischen dringen, soweit sie die Interessen der Gewerbeinternaten und ihrer Mitglieder berühren. Stellung nehmen. Über genau so ergibt sich auch die Notwendigkeit der parteipolitischen Neutralität. Denn es geht nicht an, daß die Mitglieder gezwungen werden müssen, irgendwelchen kommunistischen Partei anzugehören. Eine politische Überzeugung kann keinen Menschen aufgeprägt werden, sondern sie aufzuzwingen kann keiner Mensch. Wenn man selbst durch den Terror zu erreichen. Dann begegnen sie auch nicht an, daß man die Gewerbeleitermitglieder, die nicht einer bestimmten Partei angehören, nur aus diesem Grunde als unehrlich ablehnt und sie von der Belebung kriegerischer Arbeiterschaften ausschließen will, kann und darf nur die Belebung für einen jungen Sozialismus sein, wobei allerdings die Stellungnahme zu bestimmten Gewerbeleitern ebenfalls in Betracht gezogen werden kann. Schließlich dürfen aber die Gewerbeleiterfragen von außenliegenden Seiten in die Gewerbeinternaten hineingetragen werden. Außerdem es ist Ende der Gewerbeleiter mitglieder selbst ihre Politik zu bejubeln. Müsste man doch verfehlten, dann hätten sich viele Schranken, die wir jetzt im Stande mit der Führung in den Gewerbeinternaten aufzurichten, vermieden lassen. Daher aber, daß sich die kommunistische Partei erkennt, zu verleugnen, daß die in der kommunistischen Partei organisierten Gewerbeleiter nicht auch in Gewerbeleiterfragen die Partei unterstützen, wird die Gewerbeleiter zu einem zweiten Schritt einer politischen Partei und es bleibt somit aus, daß alle Gewerbeleiter, die sich unter den politischen Parteien engagieren, auch in die Gewerbeinternaten hineingezogen werden, ob sie dort eine Heimat oder nicht. Daher werden aber die Aufgaben der Gewerbeleiter gefüllt und vor letzter Parteidienst kommt die Gewerbeinternaten zu keiner positiven Seite.

Das wird einmal klipp und klar ausgeschlagen werden. Die Gewerbeleiter, ganz gleich, welcher politischen Partei sie angehören, müssen einen Unterschied zwischen zwischen politischer Partei und Gewerbeleiter. Beide Gewerbeleiter haben gemeinsame Aufgaben zu erfüllen, wenn auch das nicht das ist, die Belebung der kapitalistischen Wirtschaftswelt, ein gemeinsames ist. Wird diese Arbeitsergebnisse bestätigt, indem man den Gewerbeleiter und die Arbeitsergebnisse der politischen Partei unterscheiden, dann können wir zum Gewerbeleiter kommen, die wir jetzt in der Tätigkeit in den Gewerbeinternaten erledigen, vermeiden lassen. Daher ist die Gewerbeleiter mitglieder nicht zu erläutern. Die Gewerbeleiter müssen die Gewerbeinternaten eine neue Welt geschaffen mit neuen Aufgaben. Auch die Arbeiter müssen diese Umwidlung in ihrem Sinne zu meistern verstehen.

Schließen wir also unsere Betrachtungen der kommunistischen Tätigkeit in den Gewerbeinternaten. Wir haben gezeigt, daß auch die kommunistischen Führer vom Range eines Heinrich Brandner keine praktischen Vorschläge für die Tätigkeit in den Gewerbeinternaten zu machen in der Lage sind. Ihre Stellung ist nur darauf eingestellt, die Gewerbeleitermitglieder für die kommunistische Partei einzutragen. Diese braucht die Masse, um mit ihren Experimenten auszuführen, deren Gesellschaftlichkeit voll dargestellt haben. Dadurch würden wir nicht nur keinen Schritt weiterkommen auf unserem Wege zu dem Endziel, aber wir würden, wenn sich die Gewerbeinternaten in den Dienst dieser Arbeitsempfehlung stellen, die gewerbeinternatlichen Errungenschaften in Frage stellen und die Gefahr herausbringen, daß die Gewerbeinternaten, die Hauptstützpunkte der Arbeitsergebnisse, zertrümmert werden. Das kann niemand unterstellen.

## Der Betriebsrat bei Krupp

Zum Abschluß des verlorenen Gewerbeinternatshaus am staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster stand eine Besprechung des Kruppwerkes in Essen statt. Der dortige Betriebsrat hatte diese Besprechung vermittelt. Von Kruppseitnehmern sollte Gelegenheit geboten werden, an dem Beispiel des größten deutschen Industrieunternehmens zu studieren, welche Ausgaben hier einem Betriebsrat gestellt werden, welche Erfahrungen und Erfolge sich für die Betriebsratpraxis gezeigt haben.

Um 10 Uhr vormittags versammelten sich etwa 40 Teilnehmer, bestehend aus Vertretern des Lehrkörpers des staatswissenschaftlichen Instituts und Besuchern des Kurses im Sitzungszimmer des Betriebsrates der Kruppwerke. Der Vorsitzende des Betriebsrates, M. E. N. I. K. L. E. N. S., begrüßte die Besucher und hielt ein kurzes, interessantes Referat über die bisherige Tätigkeit des Betriebsrates der Krupp-Unternehmungen. Er schilderte die reelehante Organisation der Kruppwerke in der Leitung, Verwaltung und den durch die Umstellung bedingten neuen Produktionsaufgaben.

Das Werk beschäftigt zurzeit 44 000 Arbeiter und 8000 Angestellte. Die oberste Leitung besteht aus zehn Direktoren. Ihnen sind wieder die Abteilungsleiter und Betriebsleiter unterstellt. Die gesamte Betriebsorganisation gliedert sich in 106 Betriebsteile, die selbstständig an die oberste Leitung ihre Betriebsabrechnung zu liefern haben. Das Produktionsprogramm war von der Herstellung für den Kriegsbedarf zur Fabrikation für Friedenszwecke umgestellt. Diese Umstellung mußte sofort und möglichst schnell nach Beendigung des Krieges eingeleitet werden, damit die Fabrikationseinrichtungen ausgenutzt und die Arbeiter weiter beschäftigt werden konnten. Daraus ergab sich eine ungeheure Vielfältigkeit der Fabrikationsaufgabe. Es werden heute bei Krupp die größten Schmiedehilfen und die kleinste Maschinen teile hergestellt. Ein solcher vielseitiger Betrieb stellt natürlich auch an den Betriebsrat besondere Anforderungen. Im Interesse der Arbeitnehmer, zugleich aber auch im Gesamtinteresse der Wirtschaft sollen sich die Betriebsräte neuen genügenden Einblick in die Produktionsverhältnisse eines solchen Werkes verschaffen. Von der Arbeitsorganisation des dortigen Betriebsrates gab der Referent ebenfalls eine interessante Darstellung. Der Betriebsrat selbst besteht aus 30 Personen, und zwar aus 22 Arbeitern und 8 Angestellten. Natürlich hat sich eine Ressortgliederung notwendig gemacht, indem die Mitglieder des Hauptbetriebsrates, des Abteilungsbetriebsrates usw. bestimmte Spezialaufgaben zur Bearbeitung überwiesen erhalten. So nach dem gestellten Aufgabenkreis sind das die Sprecher, parlamentarisch betreut die Berichterstatter, die die jeweilige Eingangsmappe durchgeprüft haben. Alles mußte darauf ankommen, so führte der Vorsitzende im Ressort aus, daß auch die Mitglieder des Betriebsrates des Krupp zu lernen haben, das Betriebsratssitzung sachlich auszuwerten. Die bisherige Arbeit habe schon gezeigt, nach welcher Richtung hin noch umbedingte Verbesserungen im Geiste getroffen werden müßten. Aber auch die Produktionskontrolle, das wichtigste Betätigungsgebiet, kann nicht durch unentwegte Agitation geleistet werden, sondern hier habe ich der Betriebsrat einen derartig großen Werks die Information und die Bearbeitungsmethode des betriebsstatistischen Materials selbst zu übertragen. Ein solcher Betrieb stellt natürlich auch die Verarbeitung überwiegend umfangreicher und orthopädischer Apparate heraufzustellen.

Ein solcher vielseitiger Betrieb stellt natürlich auch an den Betriebsrat besondere Anforderungen. Im Interesse der Arbeitnehmer, zugleich aber auch im Gesamtinteresse der Wirtschaft sollen sich die Betriebsräte neuen genügenden Einblick in die Produktionsverhältnisse eines solchen Werkes verschaffen. Von der Arbeitsorganisation des dortigen Betriebsrates gab der Referent ebenfalls eine interessante Darstellung. Der Betriebsrat selbst besteht aus 30 Personen, und zwar aus 22 Arbeitern und 8 Angestellten

## Buchenmetallarbeiter

Nach langen und schwierigen Verhandlungen wurde am 28. April 1921 das Lohnabkommen für den Ruhrkohlenbergbau unterzeichnet. In vergangenen Jahren wurde seitens der Regierung und der Arbeitgeber wiederholt der Satz geprägt, daß der Bergarbeiter der Sozialstaat ist. Diesen Worten ist im vergangenen Jahre nicht Rücksicht getragen worden. Durch die steigende Not waren die Gewerkschaften gezwungen, in allen Industrien Lohnforderungen zu stellen, die einen Ausgleich zwischen den gestiegenen Ausgaben und Einnahmen herstellen sollten. Der Widerstand der Buchenmetallarbeiter, als von jenseits als die Exekutionäre galten, machte sich auch hier bemerkbar. Schon bei dem Schiedsspruch im Oktober erklärten die Buchenmetallarbeiter, daß sie ohne Kohlenpreiserhöhung nicht in der Lage seien, bestellte Lohnforderung bewilligen zu können. Trotzdem konnte festgestellt werden, daß eine ganze Anzahl von Buchenbetrieben ganz normale Überschüsse machten, die im großen Widerspruch standen zu den Ausführungen. Die Gewerkschaften sahen sich deshalb veranlaßt, im Tarif im Ruhrbergbau zum 1. Februar 1921 zu kündigen, und suchten gleichzeitig einen Reichsrahmentarif abzuschließen, der sämtliche Bergreviere Deutschlands einschließlich der Stahlindustrie umfassend haben sollte. Die Verhandlungen wurden seitens der Arbeitgeber ungeheuer in die Länge gezogen. Am 24. Februar d. J. fanden die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebervertretern und den Arbeitern in Berlin statt. Hierbei muß zunächst eine Vorentscheidung festgestellt werden, daß eine ganze Anzahl von Buchenbetrieben ganz normale Überschüsse machten, die im großen Widerspruch standen zu den Ausführungen. Die Gewerkschaften sahen sich deshalb veranlaßt, im Tarif im Ruhrbergbau zum 1. Februar 1921 zu kündigen, und suchten gleichzeitig einen Reichsrahmentarif abzuschließen, der sämtliche Bergreviere Deutschlands einschließlich der Stahlindustrie umfassend haben sollte. Die Verhandlungen wurden seitens der Arbeitgeber ungeheuer in die Länge gezogen. Am 24. Februar d. J. fanden die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebervertretern und den Arbeitern in Berlin statt. Hierbei muß zunächst eine Vorentscheidung festgestellt werden:

Wischen den freien Gewerkschaften waren unter dem Vorst. des D.G.B. Abschlüsse vereinbart worden, nach denen die Gewerkschaften in den generalen Verhandlungen beteiligt sein sollten. Die Verhandlung erfolgte demgemäß, daß neben den Bergarbeiterverbänden der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der Centralverband der Heizer und Maschinisten und der Fabrikarbeiterverband seinen Vertreter zu den Verhandlungen entsenden sollte. Als Gewerkschaften kamen in Berlin erschienen, protestierten die Vertreter des Gewerkschaftschristlichen Bergarbeiter und der politische Berufsverein. In Gegenwart der Arbeitgeber gegen die Anwesenheit obiger Vertreter erklärten, daß so in Anwesenheit dieser Arbeitgebervertreter nicht weiter verhandelt würden. Echt christlich! Die Arbeitgeber nahmen die Erklärung selbstverständlich mit Begeisterung auf und dadurch erlangten die Christen die Befestigung der genannten Organisationen in der Verhandlung.

Nachdem die zurückgelassenen Bergarbeiterverbände in die Verhandlungen eingetragen waren, erklärten die Arbeitgeber, daß die Zeit unmöglich zulasse, einen Reichsrahmentarif abzuschließen. Damit waren auch diese Verhandlungen zunächst gescheitert. Diese Prozedur seitens der Arbeitgeber und die Tatsache, daß auch die Lohnverhandlungen gescheitert wurden, wangen die Gewerkschaften, das Lohnabkommen zum 13. März zu kündigen. Im Laufe des Monats März fanden weitere Verhandlungen statt, die zu keinem Ergebnis führten, weil die Arbeitgeber wiederum den Standpunkt vertreten: Ohne Kohlenpreiserhöhung keine Lohnnerhöhung! 800 Millionen Schweren felen vorhanden, die infolge der letzten Lohnnerhöhung im Oktober entstanden felen und erst gedeckt werden müssten. Der Schiedsgericht nahm zu der neuen Situation Stellung und beschloß die Kohlenpreiserhöhung von insgesamt 20 M pro Tonne. Davor kam es für die Verbilligung von Lebensmitteln der Bergarbeiter zu einem Verhandlung.

Am 11. März fand in Dortmund unter dem Vorst. des Herrn Dr. Franken (Berlin) und der Unterstützung von Regierungsräten des Reichsarbeits- und Wirtschaftsministeriums sowie des Reichskommissars Verhandlungen statt, die ebenfalls ergebnislos verliefen, weil sich die Arbeitgeber ganz entschieden weigerten, legendeine Zeugung zu gewähren, und zum Ausdruck brachten, daß sie auch keinen kontinuierlich zu folgenden Schiedsspruch nicht annehmen würden. Das sofort nach den Einigungsvorhandlungen zusammengetretene Schiedsgericht füllte folgenden Schiedsspruch:

1. Von 14. März 1921 wird an drei Tagen in der Woche an die Überflundensicht je eine Stunde Überarbeit angeknüpft, wofür ein Entschädigung von 100 Pfennig gewahrt wird. 2. Die Verbindung darf nicht werden folgende Lohnzuflüsse je Schicht für alle Arbeiter unter und über Tage gewährt: 8 M für alle über 20jährige, 6 M für 18- bis 20jährige, 4 M für 16- bis 18jährige, 3 M für 14- bis 16jährige Arbeiter. 3. Den Parteien wird empfohlen, darin zu wirken, daß der vom Reichsarbcomittee durch Beschluss vom 30. Dezember 1919 zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter festgesetzte Entschlag von 2 M für die Tonnen abgeleiste Kohle den Arbeitern in der Zusammensetzung feststellt wird. 4. Führt die über Überflunden wöchentlich nicht nach den besonderen mit der Reichsregierung zu treffenden Abmachungen ein Verbilligungsvorschlag zum Bezug von 200 Gramm, außerdem für die an der Überarbeit unter Tage beteiligten Arbeiter eine Bezugszusage von 375 Gramm gewährt. 5. Dieses Abkommen kann vom 15. Mai 1921 ab von jeder Partei mit einer Frist von 14 Tagen zum 1. und 15. jeden Monats gekündigt werden.

Eine auf Sonntag den 13. März einberufene Redierkonferenz der Bergarbeiter nahm zu dem Schiedsspruch Stellung und lehnte denselben gegen eine Stimme ab. Das war ja auch vorauszusehen, denn denselben war wiederum eine Verpflichtung für Überflunden festgestellt. Die Polen und Chinesen nahmen den Schiedsspruch an, obwohl ihnen klar war, daß die Arbeitgeber ihn nicht annehmen würden. Das verschiedenartige Haltung der Verbände war eine neue Aktion geschaffen. Am 7. und 8. April fanden in Berlin unter dem Vors. des Reichsarbcomittees Dr. Brauns weitere Verhandlungen mit dem Ergebnis, daß zunächst ein Abkommen über das Lohnabkommen getroffen wurde. In dem Abkommen war festgelegt, daß ein tarifmäßig festgelegter Abbau der Überschichten von Monat zu Monat erfolgen und damit im März kommenden Jahres endgültig Schluß sein sollte. In den darauffolgenden Lohnverhandlungen anfangs April wurde dann die Vereinbarung getroffen, daß die Gedingeearbeiter auf den vom Oktober 1920 erzielten Durchschnittsgehalt eine Zulage von 5,50 M pro Stunde bekommen sollten. Schichtlohn über 20 Jahre erhalten 8 M, die 18 und 19 Jahre 4,50 M, die 16 und 17 Jahre alten 2,50 und die 14 und 15 Jahre alten 1,50 M pro Schicht. Führt die Gedingeearbeiter nach dem Zulohn auf 22 M erhöht. Die Untertagezulage von 3 M bleibt bestehen. Diese Abmachungen legten die freien Gewerkschaften laut Beurteilung einer kombinierten Konferenz der Mitgliedschaft zur Überprüfung vor, die am 17. April erfolgte und mit großer Majorität als Abkommen abhantete.

Am 27. und 28. April fanden wiederum weitere Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien statt mit folgendem Ergebnis:

1. Für Gedingeearbeiter unter Tage 5,50 M je gegenüber dem Durchschnittslohn der betreffenden Gedingeearbeiter der eingeladenen Schachtanlagen vom Oktober 1920. 2. Für Schichtlohn über 20 Jahre unter Tage 8 M, über Tage 8 M je Schicht. 3. Für die 18 und 19 Jahre alten Schichtlohn unter Tage 4,50 M, über Tage 4,50 M je Schicht. 4. Für die 16 und 17 Jahre alten Schichtlohn unter Tage 2,50 M, über Tage 2,50 M je Schicht. 5. Für die 14 und 15 Jahre alten Schichtlohn 1,50 M je Schicht.

Für die Gedingeearbeiter wird der Grundlohn auf 27 M erhöht. Die Untertagezulage von 3 M bleibt daneben bestehen; dagegen werden die bisherigen Zulagen von 4,50 und 2 M bejaht. 1 M je Schicht, so weit sie nicht durch die Erhöhung des Grundlohnes abgegolten sind, ist Gedinge verrechnet. Bebungung für dieses Abkommen ist, daß die Reichsregierung auf die Ausführung des Vertrages von 5 M verzichtet, der gegenwärtig vom Kohlenpreis für die Lebensmittelversorgung der Bergleute eingehalten wird und hierfür bei Begeißelung der Überschichten nicht mehr in Betracht kommt.

Bei diesem Abkommen wird vorausgesetzt, daß die Kohlenförderung in der regelmäßigen Schicht so erhöht wird, daß unserer Wirtschaft die notwendige Kohlenmenge zugeführt werden kann. Sollte die Steigerung der Kohlenförderung in dem erforderlichen Maße auch bei Begeißelung notwendiger technischer Betriebsverbesserung nicht eintreten, wird ein neues Lohnabkommen vereinbart werden müssen, das in der Tarifgemeinschaft zu verhandeln ist.

In diesem Abkommen ist festgelegt, daß die Überschichten in Zukunft vollständig fortfallen sollen, und nur dann, wenn die Produktionsziffer derartig sinken sollte, daß eine Belebung der übrigen Mindeste mit Kohlen nicht ausreichend erfolgen kann, sollen neue Verhandlungen über etwaige Überschichten stattfinden.

In der Verhandlung wurde seitens der Regierung der Vorschlag gemacht, die für die Verbilligung der Lebensmittel festgesetzten, sollen den Arbeitgebern zuallen, um eine neue Kohlenpreiserhöhung zu umgehen.

Nachdem das Abkommen abgeschlossen und unterzeichnet ist, kommt es nur im wesentlichen darauf an, daß nicht, wie früher im Bergbau, ein wildes Überschichtenabkommen eintrete. Jeder Verbandskollege und Vertrauensmann hat dafür Sorge zu tragen, daß den gesetzten Beschlüssen Rechnung getragen wird.

## Der Fluch der Zerrissenheit

Es läßt sich nicht leugnen, daß die organisierte Gewerkschaftsbewegung in Deutschland noch ziemlich im armen liegt. Die Spaltung der Arbeitersklasse in verschiedene Fraktionen, die gegenseitige erbitterte Kämpfung trägt nicht am wenigsten dazu bei. Ist es schon schlimm, wenn die Arbeiter sich in den sozialpolitischen Organisationen gegenüberstehen, dann ist es noch viel schlimmer, wenn wiederum — und dies ist in solchen Fällen unvermeidlich — die Arbeiter jedes einzelnen Gewerbes, ja jeder einzelnen Fabrik und Werkstatt, in zwei, drei Lager gespalten, sich beziehen. Dieser unselige Streit, welcher nicht zum geringsten Teile sich nicht um Prinzipien und Theorien, sondern um bloße Formen dreht, also um etwas, das sie veränderlich ist und veränderlich sein muß, weil die Form falso in diesem Falle die Organisation) steht sich den Verhältnissen anzupassen hat, ist der besondere Fluch, unter dem die deutsche Arbeitersklasse leidet. Das gewissenlose Menschen auf diesen Formenstreit hin eine große Masse sanatisieren könnten und können, ist zugleich ein höchst tragischer Beweis der Beschränktheit eines Teiles der Arbeitersklasse.

A. Böbel, Volksstaat 1872.

## Eine Konferenz der befürworteten Funktionäre und der Betriebsräte von Baden, Pfalz und Württemberg

Am 8. Mai 1921 fand in Stuttgart eine Bezirkskonferenz der angestellten Funktionäre und Betriebsräte aus dem 9. Bezirk statt. Die Konferenz war besucht von 130 Kollegen, als Vertreter des Vorstandes war der Kollege L. anwesend. Betriebsleiter Vorländer wies bei Eröffnung der Konferenz darauf hin, daß diese notwendig geworden sei, um einen Rückblick zu werfen auf die Tätigkeit und die Erfahrungen, die wir nun innerhalb Jahresfrist mit den Betriebsräten gemacht haben. Er verwies darauf, daß wir ja vor allem die Schulung der Betriebsräte vorgesehen hatten, große Aufwendungen von dem Verband selbst und den einzelnen Verwaltungen dafür gemacht worden seien und darüber einmal eine Aussprache stattfinden müsse.

Kollege Böhler gab als Referent einen kurzen Rückblick über die Entwicklung des Wirtschaftslebens bis zur Revolution. Er führte aus, daß die Revolution eine Änderung in den bestehenden Verhältnisse gebracht hätte, daß nach der Revolution die Arbeitersklasse verlangte, an der Verteilung der Betriebe teilzunehmen. Dies Verlangen der Arbeitersklasse stand dann in dem Betriebsrätegebot den ersten gesetzlichen Friedensvertrag. Er habe das Referat sehr gerne übernommen, weil auch er durch die Arbeit und Erfahrungen des letzten Jahres zu der Überzeugung gekommen ist, daß wenn wirklich etwas Verträumtes herauftauchen soll, mit der Schulung und Bildung der Betriebsräte in planmäßiger Weise vorgegangen werden muss. Er habe aus 26 Verwaltungskabinetten des Verbandes Material über die Schulung und Durchbildung der Betriebsräte gesammelt. Dieses zusammengefaßte Material, welches den Konferenzteilnehmern vorgelegt wurde, zeigt jedoch, daß ein wirkes Durchmesser herrscht.

Böhler behandelt dann ausführlich die Rechte der Verwaltungsstelle Heilbronn und legt der Konferenz dann Vorschlag zum Aufbau und Förderung der Betriebsräte schule vor. In diesem Vorschlag ist vorgesehen eine Dauer des Unterrichts von zehn Monaten, wöchentlich zwei Abende zu je zwei Stunden, und zwar in der Zeit von 4 bis 6 Uhr. Es sind vorgesehene Pflichtfächer und Wahlfächer, und hält er es für zweckmäßig, daß die Schulstunden in die Arbeitszeit gelegt werden sollen. An die Unternehmer müßte herangetreten werden, um die Freigabe und Bezahlung dieser Zeit zu erlangen. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die Schulstunden nach Schluss der Arbeitszeit nicht zweckmäßig und in erster Linie diejenigen, die außerhalb des Stadtbereichs wohnen, herauszunehmen sind. Schülerlizenzen dürfte wohl auch noch die Finanzierung machen, doch nachdem sämtliche Gewerkschaften auch der D.G.B. für die Schulung und Durchbildung der Betriebsräte ausgesprochen haben, müssen auch die Mittel aufgebracht werden. Zu empfehlen wäre, von den Kursteilnehmern selbst ein Schulgeld zu erheben, und könnte dieses vielleicht nach Schluss des Kurses wieder zurückgestattet werden. Der Kollege Böhler schloß seine mit großem Erfolg aufgenommenen Ausführungen mit den Worten: Das Wissen allein macht es nicht, es muß auch das Können dazu kommen.

An der nun folgenden Diskussion erklärten sich fast sämtliche Diskussionsredner mit den Ausführungen des Kollegen Böhler einverstanden. Es wurde ferner verlangt, daß auch die kleineren Verwaltungskabinete und kleinere Industriebetriebe berücksichtigt werden. Eine bemerkenswerte Summe der Kurzarbeit steht in den Bezirken Stettin, Hannover, Hagen und Stuttgart. Im Bezirk Stuttgart ist unter die tillgelegten Betriebe eine Firma mit 180 Arbeitern eingereicht worden, die infolge Fabrikbrand nicht weiterarbeiten kann. Eine bemerkenswerte Summe der Kurzarbeit steht in den Bezirken Stettin, Hannover, Hagen und Stuttgart. Im Bezirk Stuttgart ist unter die tillgelegten Betriebe eine Firma mit 180 Arbeitern eingereicht worden, die infolge Fabrikbrand nicht weiterarbeiten kann.

Das Ergebnis der Erfahrungen über die Dauer der Schulung ist in folgenden Tabellen enthalten. Es arbeiteten:

Die Zahl der Kurzarbeitstage und der Kurzarbeiter ist folgendermaßen festgestellt.

Wie sich die Zahl der Kurzarbeiter erhöht hat, geht aus folgendem Zahlen der insgesamt erreichten Ergebnis:

Woche vom 8. bis 10. April . . . . . 171087 = 0,8 %

10. - 17. . . . . 184781 = 0,5 %

17. - 24. . . . . 198815 = 10,2 %

24. - 30. . . . . 204370 = 10,6 %

1. - 8. Mai . . . . . 217807 = 11,2 %

8. - 15. . . . . 228448 = 11,5 %

Die Gesamtzahl der erfassten Arbeiter und die Arbeitslage in den Berichtswochen in den einzelnen Bezirken geht aus folgender Tabelle:

Die Zahl der Betriebsräte und der Betriebe ist folgendermaßen festgestellt.

Wie sich die Zahl der Betriebsräte erhöht hat, geht aus folgendem Zahlen der insgesamt erreichten Ergebnis:

Woche vom 8. bis 10. April . . . . . 171087 = 0,8 %

10. - 17. . . . . 184781 = 0,5 %

17. - 24. . . . . 198815 = 10,2 %

24. - 30. . . . . 204370 = 10,6 %

1. - 8. Mai . . . . . 217807 = 11,2 %

8. - 15. . . . . 228448 = 11,5 %

Die Gesamtzahl der erfassten Arbeiter und die Arbeitslage in den Berichtswochen in den einzelnen Bezirken geht aus folgender Tabelle:

Die Zahl der Betriebsräte und der Betriebe ist folgendermaßen festgestellt.

Wie sich die Zahl der Betriebsräte erhöht hat, geht aus folgendem Zahlen der insgesamt erreichten Ergebnis:

Woche vom 8. bis 10. April . . . . . 171087 = 0,8 %

10. - 17. . . . . 184781 = 0,5 %

17. - 24. . . . . 198815 = 10,2 %

24. - 30. . . . . 204370 = 10,6 %

1. - 8. Mai . . . . . 217807 = 11,2 %

8. - 15. . . . . 228448 = 11,5 %

Die Gesamtzahl der erfassten Arbeiter und die Arbeitslage in den Berichtswochen in den einzelnen Bezirken geht aus folgender Tabelle:

Die Zahl der Betriebsräte und der Betriebe ist folgendermaßen festgestellt.

Wie sich die Zahl der Betriebsräte erhöht hat, geht aus folgendem Zahlen der insgesamt erreichten Ergebnis:

Woche vom 8. bis 10. April . . . . . 171087 = 0,8 %

10. - 17. . . . . 184781 = 0,5 %

17. - 24. . . . . 198815 = 10,2 %

24. - 30. . . . . 204370 = 10,6 %

1. - 8. Mai . . . . . 217807 = 11,2 %

8. - 15. . . . . 228448 = 11,5 %

Die Gesamtzahl der erfassten Arbeiter und die Arbeitslage in den Berichtswochen in den einzelnen Bezirken geht aus folgender Tabelle:

Die Zahl der Betriebsräte und der Betriebe ist folgendermaßen festgestellt.

Wie sich die Zahl der Betriebsräte erhöht hat, geht aus folgendem Zahlen der insgesamt erreichten Ergebnis:

Woche vom 8. bis 10. April . . . . . 171087 = 0,8 %

10. - 17. . . . . 184781 = 0,5 %

17. - 24. . . . . 198815 = 10,2 %

24. - 30. . . . . 204370 = 10,6 %

1.

